»Ich sage allen: Macht bloß nicht den Fehler, nach Deutschland zu kommen«

Junge Inder liefern uns Essen an die Tür, Tag und Nacht. Sie sind nach Deutschland gekommen, um zu studieren, einen guten Job zu finden – und werden stattdessen Teil eines kriminellen Systems, in dem andere an ihnen verdienen

Von Anant Agarwala und Jana Gioia Baurmann, ZEITmagazin, 23.04.2026

Januar, ein Samstag, kurz vor 13 Uhr. Anzal Kareem läuft durch die Wohnung, schaut immer wieder zur Tür. Sein Vermieter will die Miete einsammeln, in der Nacht zuvor stand er plötzlich in der Wohnung in Berlin-Reinickendorf, wer nicht zahle, fliege raus, hatte er gedroht. Jetzt hat er sich per WhatsApp erneut angekündigt: »I will come to collect the rent. Everyone have it ready by then.«

Es klingelt. Ein Mann Anfang 20, glänzende Pufferjacke, dünner Schnauzer, gegelte schwarze Locken. Er geht durch den Flur, setzt sich breitbeinig auf einen Stuhl, lässt die Mitbewohner nacheinander eintreten. Der Vermieter fängt an zu telefonieren. »Ich habe das Geld von zwei Leuten«, sagt er auf Arabisch, ein Dritter hole gerade seinen Anteil. »Er wird zahlen«, versichert er der Person am anderen Ende der Leitung. 20 Minuten später verlässt er mit rund 2.000 Euro die Wohnung. Von fünf der sechs Inder, die hier auf knapp 60 Quadratmetern leben, hat er die Miete eingetrieben, auch die 390 Euro von Anzal Kareem.

Ein anderer Tag, ein anderer Berliner Bezirk. Faizal Malik* fährt mit der U-Bahn bis zur Endhaltestelle im Süden der Stadt. Drei Stunden zuvor hatte er eine WhatsApp-Nachricht erhalten: »Please all drivers in this group must come today between 15:00 and 16:30 who does not come will have problems.« Malik ist auf dem Weg, den Monatslohn für sich und einen Bekannten abzuholen. Schwarzgeld. Er überquert einen Supermarktparkplatz, betritt ein unscheinbares Bürogebäude. Weitere Männer treffen

ein, einer mit Wolt-, ein anderer mit Lieferando-Tasche auf dem Gepäckträger, die meisten zu Fuß.

Nach einer halben Stunde kommt Faizal Malik wieder raus und steuert ein Café an. Draußen, an einem der Holztische, zählt er das Bargeld in seinem Umschlag. Insgesamt 2.500 Euro, 700 davon sind für ihn, der Rest für seinen Bekannten. Er sagt: »So funktioniert das in Deutschland.«

Das Bürogebäude im Süden von Berlin, die Wohnung in Reinickendorf, sie liegen mitten in der Nachbarschaft. Und zugleich in einem Deutschland abseits der geltenden Gesetze.

In Berlin und anderen deutschen Großstädten prägen indische Lieferfahrer seit einigen Jahren das Straßenbild. Ihre Jacken orangefarben, pink oder himmelblau, die Räder oft mit breiteren Reifen, in den kastenförmigen Rucksäcken die bestellte Ware: Lebensmittel, Fast Food, manchmal nur ein Kaffee. Der Werbeslogan eines Lieferdienstes: »Bestelle alles, was du willst. Immer, wenn du es brauchst.«

Sie klingeln an Wohnungstüren. Guten Tag, hallo, danke, tschüss. Ein Spaltbreit deutscher Alltag.

Wie sie selbst hier leben, ist hingegen unsichtbar.

Zwei von ihnen, Anzal Kareem aus der Wohnung in Reinickendorf und den Lieferdienstfahrer Faizal Malik, dessen Name zu seinem Schutz geändert wurde, haben wir über Monate hinweg begleitet. Mit rund 30 weiteren Menschen in ähnlichen Situationen haben wir gesprochen.

Die Geschichten, die sie erzählen, gleichen sich: Sie alle sind über Studienvisa nach Deutschland gekommen und hofften, hier nach ihrem Abschluss gut zu verdienen. Sie haben dafür Kredite aufgenommen, in der Regel um die 20.000 Euro. Angekommen, stellt sich vieles als Trugbild heraus: Die Abschlüsse der privaten Universitäten kosten zwar zwischen 6.000 und 12.000 Euro, sind aber wenig wert. Die Wohnungen sehen ganz anders aus als auf den Fotos. Und die Hoffnung, dass sie hier nach dem Studium gute Jobs finden, wird ihnen schnell genommen. Weil sie ihre Kredite bedienen müssen, werden viele von ihnen Teil eines ausbeuterischen Systems, in dem andere an ihnen verdienen.

Faizal Malik und Anzal Kareem haben beide fertig studiert, Malik hat sogar zwei Abschlüsse in Deutschland gemacht. Er fährt heute legal für Lieferando und schwarz für ein Subunternehmen von Wolt, meist sieben Tage die Woche. Anzal Kareem fuhr mal für Flink, schrubbte die Küche in einem Burger-Restaurant, schleppte in einem Lager Möbel; als wir ihn kennenlernen, ist er arbeitslos.

Mitte Januar. Kareem sitzt auf seinem Bett. Er trägt eine olivgrüne Jogginghose und ein T-Shirt mit Palmenaufdruck, seine Schlüsselbeine zeichnen sich unter dem Stoff ab. Letzte Nacht hat er das erste Mal wieder im Bett geschlafen. Die Wochen zuvor lag der 28-Jährige auf dem Fußboden, weil die mitvermietete Matratze so durchgelegen war. Nun hat er sich über Kleinanzeigen eine andere besorgt, gebraucht, dafür geschenkt.

Zusammen mit fünf anderen Männern bewohnt Kareem 2,5 Zimmer, Küche, Bad. Chipskrümel, Barthaare und Straßendreck bilden einen Grind auf dem Linoleum, die Fenster sind mit Folie blickdicht verklebt, das Bad schimmelt. Kein Bild an der Wand, keine Fotos von Freunden oder Familie. Die Matratze, 90 mal 200 Zentimeter, ist sein Zuhause. »Die einzige Privatsphäre, die wir haben, ist unter unserer Bettdecke«, sagt Kareem.

In einer Kammer ohne Tür, die an sein Zimmer grenzt, schläft ein Mann mit Turban auf einer Matratze ohne Laken unter einer Decke ohne Bezug. Weil die Besenkammer als »Einzelzimmer« vermietet wird, zahlt der Mann mit Turban 440 Euro, 50 Euro mehr als Kareem. Mit ungefähr 30 Mitbewohnern, überschlägt Kareem, habe er in den vergangenen zwei Jahren wohl sein Leben geteilt. Von manchen kennt er nicht mal den Namen, andere brachten Prostituierte mit ins Zimmer. Kürzlich verschwand Kareems Fleischmesser aus der Küche, er verdächtigt die drei Mitbewohner aus dem anderen Zimmer, streng vegetarische Hindus, die verhindern wollten, dass er Chicken-Curry kocht. Wohnungen wie die von Kareem und seinen Mitbewohnern gibt es zu Hunderten in Berlin. Auch Faizal Malik lebt in solch einer Unterkunft. In zahllosen WhatsApp-Gruppen werden fast stündlich neue angeboten. Knapp zehn von ihnen haben wir betreten und von vielen anderen Fotos oder Videos gesichtet. Oft dunkel und schmutzig, beherbergen sie zu Fantasiepreisen auf engem Raum meist fünf bis zehn Menschen. Überwiegend Männer. Sie stammen fast ausnahmslos aus Indien.

Er sei in Deutschland mit der Zeit Menschen gegenüber misstrauischer geworden, sagt Kareem. »Alle kommen mit Hoffnung an und merken dann schnell, dass das hier ein Scam ist.« Jeder müsse zusehen, wo er bleibt. Seine Strategie, damit umzugehen: »Smiling.«

Zu Hause in Kerala, ganz im Süden Indiens, wuchs Kareem mit seinen Eltern und einem älteren Bruder in einem Haus inmitten von Kokospalmen und Bananenstauden auf, die Mutter Hausfrau, der Vater Chauffeur in Saudi-Arabien. Indien fühlte sich für Kareem aussichtslos an. Er zog nach Delhi, 23 Millionen Einwohner, zu viele junge Menschen für zu wenig Jobs, ein Hamsterrad unter einer Glocke aus Smog. Als er an der Aufnahmeprüfung in die Beamtenlaufbahn scheiterte, die jeden Mai circa eine Million Inderinnen und Inder ablegen, stand er vor der Wahl: zurück nach Kerala oder es ganz woanders versuchen, er war Mitte 20. Nach Deutschland zu gehen, wirkte überraschend einfach, 2023 war das deutsch-indische Migrations- und Mobilitätspartnerschaftsabkommen in Kraft getreten – schnelle Visa für potenzielle Fachkräfte. Es schien, als warte da ein Land geradezu auf ihn.

Es dauerte nicht lange, bis Kareem die Zusage erhielt, Visum für ein Masterstudium in Gesundheitsmanagement an der privaten Berlin School of Business & Innovation. Für Kareem klang das nach Aufstieg, nach einem Job in einem gläsernen Büroturm und irgendwie nach Zukunft. Einen Kredit gab ihm eine Bank gerne, umgerechnet 20.000 Euro, Zinssatz: 14 Prozent. Im Dezember 2023 bestieg Kareem ein Flugzeug, zum ersten Mal verließ er Indien. Er landete am Flughafen Berlin-Brandenburg, in der Erwartung eines neuen Lebens. Heute scrollt er auf seinem Smartphone oft durch Fotos von zu Hause. »Berlin ist am Ende ein Dschungel aus Beton mit schlechtem Wetter«, sagt er.

Kareem zieht sich eine Jacke und Stiefel an, er will zum indischen Supermarkt. Draußen liegen Eis und Schnee, und Kareem spürt einen seiner linken Backenzähne. »Wenn die Temperaturen unter null liegen, habe ich Zahnschmerzen«, sagt er. Aber die nötige Wurzelbehandlung koste 120 Euro. Den Zahn ziehen zu lassen, sei günstiger, aber dann wäre halt der Zahn weg. Also hofft Kareem auf den Frühling.

Im Punjab-Supermarkt streift er durch die Regale. Kurz bleibt er bei den Oktopussen und Doraden in der Auslage stehen, Kerala ist berühmt für sein Fischcurry. 13,50 Euro kostet ein Kilo Dorade, 11,90 Euro der Tintenfisch. »Bei Netto gibt es Fisch aus der Dose für einen Euro, und eine Dose reicht mir für zwei Tage.«

Reis mit Thunfisch oder Makrele aus der Konserve, dazu eine Vitamintablette, vielleicht ein Ei und ein Glas Milch: Wenn er das täglich esse, komme er im Monat mit

120 Euro für Lebensmittel aus. Im Supermarkt packt Kareem Margarine, einen Fünf-Kilo-Sack Reis und grüne Chilis aufs Band. »Gemüse, Obst und Hühnchen habe ich längst gestrichen«, sagt er. Er wiegt 52 Kilogramm bei 1,82 Metern.

Oft schrieben ihm Bekannte aus Indien, die auch hier studieren wollen: »Ich sage allen: Macht bloß nicht den Fehler, nach Deutschland zu kommen.«

Zurück an der Bushaltestelle, rechnet er einmal vor: 390 Euro Miete, 245 Euro Krankenversicherung, 120 Euro Lebensmittel, 63 Euro Deutschlandticket, 12 Euro SIM-Karte, dazu knapp 500 Euro Kreditrate. Macht ungefähr 1.350 Euro, die Kareem monatlich aufbringen muss. Einen Job hat er gerade nicht, auf dem Sperrkonto mit rund 12.000 Euro, das internationale Studenten für ihr Visum vorweisen müssen, sind rund 900 Euro übrig. Eine Rückkehr nach Indien sei unmöglich, sagt Kareem, selbst mit einem guten indischen Gehalt könne er den Kredit nicht bedienen. »Ich sitze hier in der Falle.«

Ein Hinterzimmer irgendwo in Berlin. Auf dem grünen Teppich liegen Bettzeug und Klamotten, unter der Zimmerdecke ist für zwei weitere Schlafplätze eine Ebene aus Sperrholz eingezogen. »Ich habe als Einziger eine Matratze«, sagt Faizal Malik, der mit drei anderen Männern den Raum bewohnt, vor dessen Fenstern Gitterstäbe angebracht sind. Jeder zahlt monatlich 400 Euro. Weil sie sich unter dieser Adresse nicht anmelden können, zahlen sie einem Mann noch einmal 100 Euro im Monat für eine Meldeadresse.

Malik sitzt auf dem Boden, er zieht sich Skisocken an und zwei Jeans übereinander. Vor Sonnenaufgang hat er noch schnell etwas getrunken und gegessen, wegen Ramadan, mittlerweile ist es kurz vor 13.30 Uhr. Auf seinem Handy ploppt eine Benachrichtigung auf: »Get ready, your next job is waiting« steht in seiner Lieferdienst-App. Malik packt ein paar Datteln ein, für später, zum Fastenbrechen, wenn die Sonne

untergegangen ist. Dann setzt er eine Wollmütze auf, nimmt seine orangefarbene Wetterjacke und seinen Fahrrad-Akku, geht zu seinem E-Bike im Hinterhof. Heute ist er für Lieferando unterwegs, nicht für ein Subunternehmen, also legal. Die erste Bestellung: von einem indischen Imbiss, etwa 2,5 Kilometer entfernt. Malik fährt durch die feuchtkalte Stadt. Er kennt das Netz aus Straßen auswendig, kennt die Adressen der Restaurants, manchmal kennt er sogar die Kunden, denen er das Essen bringt. Weiß, wer kein Trinkgeld gibt (die meisten) oder wer mehr als ein Wort mit ihm wechseln wird (die wenigsten). Er holt das Essen ab, keine zwei Fahrradminuten vom Restaurant hält er vor einer Haustür an. Er klingelt: »Hallo, hier Lieferando.« – »Dritter Stock im Hinterhaus, bitte«, antwortet eine Stimme. Malik flucht kurz, während des Ramadan tut jede Stufe weh. Oben öffnet ein junger Mann mit langen Haaren und Tunneln in den Ohrläppchen die Tür. »Guten Tag und guten Appetit«, sagt Malik. »Danke dir«, sagt der Mann. Tür wieder zu, Treppen wieder runter. Ein Blick in die App.

Malik fährt fünf Tage die Woche für Lieferando und zwei Tage für Wolt. Bei Lieferando wird er pro Stunde bezahlt, er bekommt Mindestlohn. Anders bei dem Subunternehmen von Wolt, jenes, für das er einmal im Monat die U-Bahn in den Süden Berlins nimmt, um seinen Umschlag abzuholen. Dort arbeitet er ohne Vertrag und damit ohne Versicherung. Er bekommt rund vier Euro pro Bestellung, gezahlt wird pro ausgeliefertem Auftrag. Dazu befragt, schreibt Wolt, »die korrekte und gesetzeskonforme Bezahlung« liege in der »unternehmerischen Verantwortung der jeweiligen Partnerunternehmen«. Subunternehmen wie das, für das Malik illegal arbeitet, bauen Fahrerflotten auf. In WhatsApp- und Facebook-Gruppen posten meist indische Mittelsmänner Anzeigen, in denen zum Beispiel steht: »Job as delivery rider in Berlin. For Uber Eats, Fleetlery or Lieferando: 70%. For Wolt: 3€ per Order.« Heißt: Wenn der Lieferdienst dem Subunternehmer fünf Euro für eine Bestellung bezahlt, bekommt der Fahrer davon 70 Prozent, also 3,50 Euro. Für den Wolt-Job gibt es – laut dieser Anzeige – pauschal drei Euro. In beiden Fällen bedeutet es: Wenn nichts los ist, arbeitet man umsonst. Fahrer, die nach diesem Modell arbeiten, so wie Malik, berichten, dass sie in einer Acht-Stunden-Schicht je nach Auftragslage auf etwa 50 Euro bis 90 Euro kämen – weniger als die Hälfte des gesetzlichen Mindestlohns, dafür an der Steuer vorbei. In der WhatsApp-Gruppe von Maliks Flotte sind 300 Menschen. Angenommen,

sie erhalten etwa so viel wie Malik in seinem Umschlag: Dann werden in dem Bürogebäude im Süden Berlins jeden Monat mehr als 700.000 Euro in bar ausgeteilt. Alle Fahrer, mit denen wir gesprochen haben – darunter auch solche von Flotten anderer Lieferdienste –, berichten von arabischen und türkischen Männern, die ihnen ihre Umschläge aushändigen.

Wer Fahrer einer Flotte sein will, braucht eine sogenannte ID. Über diese werden die Bestellungen der Liefer-Apps verteilt, es kann getrackt werden, wo sich ein Fahrer befindet, wie viele Bestellungen er ausliefert. Unternehmen wie Wolt übergeben IDs an Subunternehmen, die wiederum verteilen sie weiter – nicht immer kostenlos. Viele Fahrer berichten, einmalig zwischen 500 und 700 Euro gezahlt zu haben. Faizal Malik teilt sich seine ID mit einem Bekannten, so konnten sie die Eintrittsgebühr von 500 Euro halbieren. Wenn Malik für Lieferando unterwegs ist, fährt sein Bekannter für Wolt. Am Ende des Monats teilen sie den Lohn auf.

Mit den IDs ist ein zusätzliches Geschäft entstanden, gewissermaßen ein zweiter Schwarzmarkt. Auf der Fahrt zum nächsten Restaurant erzählt Malik, dass er einen alten Mann kenne, der seine Wolt-ID für 500 Euro monatlich einem Inder überlasse; weil der mit seinem Studentenvisum maximal 20 Stunden in der Woche arbeiten darf, aber mehr arbeiten muss, um nicht auf der Straße zu landen. Auch die Frau und die zwei Kinder des alten Mannes vermieteten ihre IDs. »Die stecken 2.000 Euro im Monat ein, ohne irgendetwas dafür zu tun«, sagt er. Überprüfen lässt sich dieser konkrete Vorwurf nicht, er deckt sich aber mit Schilderungen anderer Fahrer.

Malik hat in Indien bereits studiert, mit seinem akademischen Abschluss habe er umgerechnet zwischen 400 und 500 Euro im Monat verdient. Seine Mutter sei nierenkrank, dreimal in der Woche müsse sie zur Dialyse, die Kosten trage er. Deshalb ging er nach Deutschland. Dass er gewöhnlich sieben Tage die Woche auf dem Fahrrad sitzt, soll niemand wissen. Wie viele der Migranten schämt er sich dafür, wie sein Leben hier läuft. Und er hat Angst, seinen Job zu verlieren. Deshalb hat er darum gebeten, hier anonym zu bleiben und biografische Details nicht zu erwähnen. Zahlreiche Agenturen haben sich in Indien darauf spezialisiert, die schnellsten Wege ins Ausland anzubieten. Bildung ist der einfachste. Das Geschäftsmodell sind Provisionen. In sozialen Netzwerken erzählen sie von Studienabschlüssen, von Jobgarantien. »Wir

geben nicht nur Versprechen, wir halten sie auch«, wirbt beispielsweise die Agentur ABN Overseas Education auf Instagram. »No false hopes. No confusion.«

Anzal Kareem erfuhr durch einen Studienberater von der BSBI, der privaten Berlin School of Business & Innovation. Der Berater habe gesagt, dass Englisch ausreiche, um in Berlin zurechtzukommen. Jobs seien leicht zu finden. So erzählen es andere Gesprächspartner auch. Nach etwa einem Monat hatte Kareem die Zusage; für die Vermittlung soll der Berater Geld erhalten haben. Es sei »gängige Praxis«, mit externen Partnern zusammenzuarbeiten, schreibt die BSBI auf Anfrage, die »Vergütungsmodelle« seien vertraulich.

Was Anzal Kareem von dem Studienberater nicht erfuhr: Die BSBI ist keine Universität, sondern ein privates Weiterbildungsinstitut. 8.400 Euro zahlte Kareem für seinen Abschluss. Auf der Website der BSBI steht, dass sie dabei helfe, »auf den europäischen Arbeitsmarkt vorzubereiten«.

Der Markt der privaten Hochschulen in Deutschland ist undurchsichtig, aber etwas verbindet sie: Sie werben aggressiv im Ausland um Studenten, um zu wachsen. Und die Qualität ihrer Lehre steht in der Kritik. »Dafür diesen hohen Kredit aufgenommen zu haben, bereue ich am meisten«, sagt Kareem. »Das Ding ist nichts wert.« In einem Interview im indischen Fernsehen warnte der deutsche Botschafter in Delhi kürzlich davor, sich an eine private Hochschule locken zu lassen: »Die verlangen viel Geld und erfüllen nicht die akademischen Anforderungen.«

Wie viele ihrer Studierenden am Standort Berlin aus Indien stammen, möchte die BSBI nicht sagen, ebenso wenig wie die ebenfalls in Berlin ansässige University of Europe (UE) sowie die Gisma University of Applied Sciences. Die drei Bildungseinrichtungen sind alle Teil derselben GmbH. Die ebenfalls private Arden University lässt die Anfrage des ZEITmagazin unbeantwortet. An der International University (IU), der größten privaten Hochschule in Deutschland, kommen am Standort Berlin von 4.200 Studierenden 1.200 aus Indien.

Dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales zufolge bilden Inder inzwischen die größte ausländische Studierendengruppe in Deutschland. 2011 waren es gut 5.800 Studierende, im Wintersemester 2024/2025 fast 60.000. Mitte Januar flog

Bundeskanzler Friedrich Merz nach Indien. In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Premierminister Narendra Modi sagte er: »Wir wollen noch enger zu Bildung und Fachkräften zusammenarbeiten.«

Faizal Malik hält vor einer Bäckerei in Mitte an. Jemand hat ein belegtes Brötchen und einen Cappuccino bestellt. Malik flucht leise. Wie soll er den Becher auf dem Fahrrad transportieren, fast 3,5 Kilometer weit? Neulich ist er auf den glatten Straßen gestürzt, seine Jeans riss, zwei Tage lang war sein Knie zu geschwollen zum Radfahren. »Zum Glück ist es an einem Lieferando-Tag passiert«, sagt er, er konnte den Arbeitsunfall melden. 38 Stunden pro Woche fährt Malik für Lieferando, dabei legt er im Schnitt etwa 150 Kilometer mit dem E-Bike zurück. Wie viele Stockwerke er hoch- und runterlaufen muss, zählt die App nicht.

Wie er lebe, sagt Malik, sei nicht seine Schuld. »Ich komme aus einem armen Land. Ich muss für meine Familie arbeiten.« Bei Lieferando verdient er rund 2.100 Euro netto, dazu kommen diesen Monat die 700 Euro aus dem Umschlag – sein Bekannter hat die Wolt-ID in diesem Monat häufiger genutzt. Mal 300 Euro, mal 1.000 Euro von dem, was Malik verdient, schickt er seiner Mutter für die Dialyse. Er sei Deutschland trotz allem dankbar, sagt Malik. Gerade lernt er für seinen Einbürgerungstest.

Er hofft, weiter für Lieferando arbeiten zu können. Auch dort stellt man derzeit das Geschäftsmodell um: Ende vergangenen Jahres wurden etwa 1.500 Fahrer entlassen, ihre Arbeit soll nun von Subunternehmen übernommen werden. Berlin sei von den Veränderungen nur in geringem Umfang betroffen, antwortet ein Unternehmenssprecher auf Anfrage. Mit der Umstrukturierung passt sich Lieferando der Konkurrenz an. Uber Eats, Fleetlery, Wolt, der Markt ist umkämpft.

»Das Liefergeschäft ist Teil der organisierten Kriminalität, für die die großen Plattformen den Nährboden bereiten«, sagt der Arbeitsrechtler Martin Bechert, der Kuriere in Prozessen vertreten hat. Wenn man versuche, etwa Wolt wegen Gehaltsrückständen zu verklagen, komme man nicht weit: Weil die Plattform seiner Erfahrung nach alles auf Subunternehmen abwälze, die nur aus Stroh- und Dunkelmännern bestehen. »Sie verklagen einen Briefkasten.« Bechert hat inzwischen

aufgegeben, solche Prozesse zu führen. »Es bringt einfach nichts. Die Lieferdienste kommen damit durch.«

Die deutsche Zentrale von Wolt liegt an der Spree. Laurin Sepoetro, Head of Public Policy, so etwas wie der Wolt-Cheflobbyist für Deutschland, empfängt gemeinsam mit einem Pressesprecher in einem Raum mit Blick aufs Wasser. Der Pressesprecher sagt: »Uns ist es ein Anliegen, dass das alles mit hohen Standards und hoher Qualität eingehalten wird.« Zwei Wochen zuvor sprach Sepoetro im Rahmen einer Anhörung im Berliner Abgeordnetenhaus. Thema waren die »Lieferdienste in Berlin: Aktuelle Situation und rechtliche Möglichkeiten«. Wolt trage Verantwortung »für die sorgfältige Auswahl der Flottenpartner«, sagte Sepoetro, »auch dort gibt es Arbeitnehmer-, Arbeitgeberrechte«. Es gehe nicht darum, Kosten zu senken.

Wie viele Fahrer direkt bei Wolt angestellt sind und wie viele bei einem der Flottenpartner arbeiten, diese Zahlen seien »Betriebsgeheimnis«, sagt der Pressesprecher. Was er hingegen ausführt: dass Wolt sich »im Kosmos von Logistikspezialisten« bewege. Mögliche neue Flottenpartner würden geprüft, und Wolt kontrolliere stichprobenartig, ob beispielsweise Sozialabgaben gezahlt werden. Zoll, Polizei, Arbeitsaufsicht, Wolt sei für alle stets ansprechbar, sagt Sepoetro.

Faizal Malik hat Nachrichten auf seinem Handy, in denen sein Flottenmanager vor Kontrollen warnt: »es wurde gerade von einen Fahrer mitgeteilt das in der nähe des zoologischen Garten ZOLL sein soll (...) einfach nur vorsichtig sein und nicht zu viele informationen geben.« Ein Problem für die Behörden: Die Plattformwirtschaft lässt sich nicht einfach per Razzia kontrollieren, der Arbeitsort der Kuriere ist die ganze Stadt. Der Direktor des Berliner Landesamts für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit sagt im Gespräch mit dem ZEITmagazin: »Da die meisten Kuriere nicht eindeutig einem Arbeitgeber zuzuordnen sind, können wir als Aufsichtsbehörde nicht erfolgreich tätig werden.« Das Arbeiten über eine App sei ein »Schlupfloch«, »die Subunternehmerstrukturen der Branche werden vermutlich zur Verschleierung genutzt«. Sie verhinderten, dass Beschäftigte die ihnen zustehenden Arbeitsentgelte erhalten, und ermöglichten Sozialabgabenbetrug.

Anzal Kareem hat zwischenzeitlich als Fahrradkurier für den Lebensmittellieferanten Flink gearbeitet. Er trug eine pinke Jacke und Tüten gegen die Uhr, wer zu langsam auslieferte, habe Ärger bekommen. Irgendwann habe er den Druck nicht mehr ausgehalten. An vielen Orten ist derzeit die neue Werbekampagne von Flink plakatiert: ein mutmaßlich indischer Kurier, der eine Tüte trägt, daneben steht: »Schnell bestellt. Schneller geliefert.«

Ein Donnerstag, kurz nach fünf Uhr in der Früh. Kareem hat sich angezogen, hat die Zähne geputzt, sein Bett gemacht, ist in die Turnschuhe geschlüpft, ein Rucksack, Mütze auf, Jacke an. Möglichst leise, weil sein Mitbewohner noch schläft, der am Abend zuvor bis 22 Uhr Essen ausgeliefert hat. Draußen zeigt Kareem auf seine Schuhe, Adidas, schwarz-lila. »Lange bin ich mit zu kleinen Schuhen herumgelaufen«, sagt er. Die neuen Schuhe hätten ihm die Kollegen auf der Arbeit besorgt. Vor Kurzem hat Kareem als Zeitarbeiter erneut in einem Lager angeheuert, für eine Firma, die Events ausstattet. Wenn die Möbel oder Lampen zurückkommen, kümmert sich Kareem. Reinigen, hochheben, einräumen. In der U-Bahn blickt Kareem auf einen Bildschirm, auf dem Nachrichten laufen: Der FC Bayern hat in der Champions League gewonnen. Früher habe sein Vater morgens immer Zeitung gelesen und Tee getrunken. Sein Bruder und er hätten darum gestritten, wer zuerst den Sportteil bekommt.

Sein Vater habe die Idee, nach Deutschland zu gehen, unterstützt. Im Gegensatz zur Mutter. Im September vergangenen Jahres starb der Vater überraschend. Der Mutter geht es seitdem zunehmend schlechter. Sie lebt bei ihren Eltern, die sich um sie kümmern. Fotos des Vaters könne er sich nicht anschauen, sagt Kareem, das halte er nicht aus. Einmal sucht er doch eines raus. Der Mann auf dem Bild hat die gleiche Nase wie er.

Als Faizal Maliks Schicht beginnt, dämmert es. Malik trägt Schal und Mütze, darüber die orangefarbene Lieferando-Kapuze. Die meisten roten Ampeln ignoriert er an diesem Abend. Bloß nicht stehen bleiben. Bei einer Adresse hat der Kunde kein Stockwerk angegeben, »das ist immer scheiße«, sagt Malik. Er klingelt, die Tür summt, geht aber nicht auf. Wieder summt es. Oben öffnet sich ein Fenster. »Tür – geht – nicht – Bruder!«, ruft Malik auf Deutsch. »Ich komme runter!«, ruft ein Mann zurück. Unten angekommen, gibt er Malik drei Euro Trinkgeld.

Neben der Höhe der gefahrenen Kilometer und der Anzahl der ausgelieferten Bestellungen zeigt Maliks App auch die Trinkgeldsumme an. Im vergangenen Monat waren es durchschnittlich 35 Cent pro Lieferung. Fährt er für Wolt, bekomme er das Trinkgeld nicht ausgezahlt, sagt Malik. Wolt schreibt, dass »100 Prozent der digitalen Trinkgelder direkt und ohne Abzüge« an die Flottenpartner gingen, so sei es vertraglich vereinbart. Heißt: Ob Fahrer wie Malik ihr Trinkgeld bekommen, hängt vom Manager der Schwarzgeldflotte ab. Fährt Malik tagsüber, spricht er, wenn er an Kreuzungen hält, häufig mit anderen Kurieren. Jetzt, in der Dunkelheit, grüßt er keinen von ihnen. Wie Satelliten in ihren Umlaufbahnen bleibt jeder in seiner Fahrspur. Malik summt vor sich hin, während er fährt, in einem Ohr trägt er Kopfhörer. Indische Musik. »Gegen die Einsamkeit«, sagt er. Auf dem Fahrrad telefoniert er oft mit seiner Familie, »bei mir im Zimmer hört immer jemand zu«.

Am nächsten Tag ist wieder Zahltag. Malik kommt gerade vom Arzt, »ich schnarche so laut«, sagt er, während er zur U-Bahn läuft, »die anderen im Zimmer können meinetwegen nicht schlafen«. Der Arzt hat ihn an eine HNO-Praxis überwiesen, in der U-Bahn formuliert Malik mithilfe der KI einen Text an die Ärztin: »Ich schnarche sehr laut, meine Nase und Ohren sind verstopft.« Im Alltag ist Malik oft auf eine Übersetzung angewiesen. Wie die meisten Menschen, die wir getroffen haben, sprechen Malik und Kareem nur schlecht Deutsch. Sie studieren auf Englisch, wohnen mit Menschen aus ihrem Heimatland zusammen. Weil sie ständig arbeiten, belegen sie keine Sprachkurse.

Ein Samstag im Februar, Reinickendorf. Anzal Kareem bekommt eine Nachricht seines Vermieters: »The manager wants you to vacate by the end oft he month, like everyone else.« Angeblich solle das Apartment renoviert werden, alle müssen raus. Kareem antwortet: »Where will I go now?«

Auf dem Mietvertrag, den er einige Monate nach seinem Einzug bekommen hatte, ist eine Ein-Zimmer-Wohnung im ersten Stock eingetragen, obwohl er im dritten wohnt, als angebliche Vermieterin ist eine Frau mit italienischem Namen unter einer Adresse in einem Gewerbegebiet in Spandau angegeben. Eine Wohnung befindet sich dort nicht, nur ein Autofriedhof. Hausrecht, Kündigungsschutz, Anspruch auf Mängelbeseitigung, das sind Rechte, die für Kareem und seine Mitbewohner nicht gelten. Nach sechs bis

zwölf Monaten müssten sie sich eine neue Wohnung suchen: Das sagen alle, mit denen wir gesprochen haben; die Kaution bekämen sie meist nicht wieder, unabhängig vom Zustand der Wohnung.

Wer wie Kareem schnell ein Bett braucht, kann sich in zig WhatsApp-Gruppen durch Angebote scrollen: »Luxury Apartment Available in Halensee, Berlin. Rent: €2100 total (€420 per person).« – »1 One boy space available five sharing apartment. Charlottenburg. Anmeldung not possible« – »Any groups of 4/8/10 looking for apartments please pm. I have great flexible option.« – »Apartment available for 5 people. Location: Spandau. Service charge applicable.« Besichtigungstermine werden meist noch am Tag der Anfrage vermittelt. Dann warten indische Männer, die Wohnungen aufsperren – und dafür Kommissionen verlangen. Zwischen 50 und 150 Euro dieser Vermittlungsgebühren hat Kareem für seine bisherigen Unterkünfte gezahlt. Diejenigen, die Schlafplätze vermitteln, sind meist selbst indische Studenten. Viele der Menschen, mit denen wir gesprochen haben, erzählen von diesen Erfahrungen, einer von ihnen drückt es so aus: »Ich wurde noch nie von einem Deutschen betrogen, immer nur von anderen Indern oder Arabern. Aber die Deutschen geben uns halt keine Jobs und keine Wohnungen.«

In einer der Wohnungen – »prime location, available from today« – wartet eine türkische Frau in ihren Sechzigern mit rosa Kopftuch und Zigarette im Mundwinkel. Zwei Zimmer, vier Betten, 65 Quadratmeter Trostlosigkeit auf grauem Teppichboden. 1.800 Euro warm solle das Apartment kosten, drei Leute seien ihr am liebsten, aber wenn das zu teuer sei, könnten auch mehr einziehen, sagt der indische Vermittler, ein Mann Mitte 20, der neben ihr steht. Einen richtigen Mietvertrag gebe es nicht, sie könne höchstens einen Untermietvertrag anbieten. Sie wohne auch im Haus, sagt die Frau: »Perfekt, wenn Sie mal den Schlüssel vergessen haben.« Die Kaution betrage insgesamt 2.400 Euro, für die Vermittlung nimmt der Inder, der die Anzeige gepostet hat, pro Person 150 Euro.

Zehn Tage nach der Kündigung per WhatsApp läuft Anzal Kareem durch Berlin-Wilmersdorf. Er hat eine neue Unterkunft gefunden, die er in einigen Tagen beziehen kann. Abgelegen, dafür ohne Kaution. Und inklusive Meldebescheinigung. An diesem Nachmittag will er die erste Miete bezahlen und den Vertrag unterschreiben. Auf dem

Weg zum Büro der Wohnungsvermittlung kramt Kareem sein Portemonnaie hervor, nimmt die Scheine raus, zählt wieder und wieder das Geld. Die letzten fünf Euro hat er in Münzen dabei. In diese Wohnung will er unbedingt.

Oben im fünften Stock ist die Tür zum Büro bereits geöffnet. Auf einem Whiteboard stehen die Namen verschiedener privater Hochschulen, darunter die BSBI, jeweils mit der Information, in welchen Monaten neue Studenten aufgenommen werden. Daneben sind mehrere Straßennamen mit Hausnummern notiert, auch Kareems neues Zuhause. »380*3, 400*3, 580*1« steht hinter der Adresse. Heißt: In einem Zimmer werden drei Leute 380 Euro pro Bett bezahlen, in einem anderen drei Leute 400 Euro pro Bett – eines davon wird Kareem mieten –, eine Person wird 580 Euro für ein Einzelzimmer zahlen. Insgesamt bringen die neuen Mieterinnen und Mieter 2.920 Euro ein. Hinter einigen Adressen steht neben den Mietpreisen: »bed bugs«, Bettwanzen. Hinter Kareems neuem Bett ist nichts vermerkt.

Vor ihm auf dem Tisch liegt ein Stapel Mietverträge. Eine Frau, aus Kerala wie Kareem selbst, fragt, ob er alles dabeihabe. Ein Mann, ebenfalls Inder, in einem bis zur Brust aufgeknöpften Hemd, erklärt die Konditionen: keine Kaution, aber sollte etwas kaputtgehen, müsse Kareem die Reparatur selbst zahlen. Das Bett miete er für sechs Monate, früher könne er nicht raus. Und wolle er im Anschluss länger bleiben, müsse er dafür sorgen, die beiden anderen Betten zu vermieten. Ungelesen unterschreibt Kareem den Vertrag. Die Frau überreicht ihm ein Blatt Papier, Kareems Wohnungsgeberbestätigung. Mit ihr bekommt er eine Meldebescheinigung. Es ist mit das Wertvollste, was er besitzen kann. Behörden, Arbeitgeber, Banken, alle wollen sie sehen. Vorsichtig steckt er es in den Rucksack.

Ende Februar, am späten Abend. Eigentlich hatte Kareem vor, heute umzuziehen. In den Nachrichten wird ein Streik der Berliner Verkehrsbetriebe angekündigt. Ein paar Dinge hat Kareem schon in die neue Wohnung gebracht, per Bus, es fehlen die Matratze, der Wäscheständer, Kleidung, eine Pfanne. Jetzt, um die Uhrzeit, würde die Fahrt in die neue Wohnung anderthalb Stunden dauern, viermal umsteigen. Kareem rollt die Matratze zusammen und umwickelt sie mit Gepäckfolie. Es ist gegen 23 Uhr, als er sich auf sein Bett setzt. Nach einem Arbeitstag im Lager, zwei Fahrten zur neuen Wohnung und seinem Leben in Ikea-Tüten vor sich auf dem Fußboden, starrt er ins

Leere. 17 Kilometer liegt die neue Wohnung entfernt, ein Taxi bräuchte dafür 25 Minuten.

Drei Tage später, am Sonntagmorgen, schleppt Kareem seine Sachen zur Bushaltestelle. Der Bus ruckelt durch die verschlafene Stadt. An einer anderen Haltestelle, Kareem muss auf den Anschluss warten, meldet sich sein Zuhause in Indien. Die Mutter sei aus dem Bett gefallen und habe sich die Schulter verletzt.

Seitdem überlegt Anzal Kareem, ob er nach Hause fliegen soll. Die Mutter brauche ihn, sagen die Verwandten, seit dem Tod des Vaters hat er sie nicht umarmt. Aber die Reise sei teuer. Und Urlaub könne er nicht nehmen. Und wenn er doch fliege: Was, wenn seine Mutter ihn nicht wieder gehen lasse, zurück nach Berlin?

Faizal Malik hat das Ergebnis seines Einbürgerungstest bekommen, 29 von 33 Punkten. Im Mai steht der Deutschnachweis an. Ob er bleibt, sollte er deutscher Staatsbürger werden? Malik weiß es nicht. Er sei ein guter Koch, sagt er, vielleicht könne er einen Imbiss aufmachen? Oder in ein anderes EU-Land? Am 20. März, als man sich zum Zuckerfest »Eid Mubarak« wünscht, frohes Fest, schreibt Malik eine Nachricht: »Ohne Familie ist es nicht froh.«

Anzal Kareems Aufenthaltstitel, eine Plastikkarte, gilt bis Ende Februar 2027. Zu wenig Zeit, um sich vorzustellen, dass dann alles anders sein wird. Ein vernünftiger Job, ein unbefristeter Mietvertrag, so etwas wie ein richtiges Leben. Zu viel Zeit, um es nicht doch zu versuchen.

*Name geändert